



nannten Dubanowicz-Gruppe, deren Redner Szultowski, ebenso wie Poniatowski, die Vertragung der Vertrags forderte, aber aus ganz anderen Gründen. Man weiß, daß die Dubanowicz-Gruppe scharfer Gegner in der Agrarreform und der Parzellierung ist, und so machte sie sich die Situation zunutze, um schon bei der Beratung der Organisation des neuen Ministeriums mit der Obstruktion zu beginnen. Szultowski beharrte, als sein Vertragungsvorschlag zurückgewiesen wurde, darauf, daß nicht beraten werden könne, weil die nötige Zahl der Mitglieder nicht mehr anwesend sei. Auch dieser Einspruch hatte keinen Erfolg. Man beriet weiter. Aber der ganze Vorgang zeigt doch, daß etwas bei dem Pakt zwischen den Plänen und der Realität nicht stimmt. Und so ist es bei der ohnehin schon verfahrenen Situation ziemlich sicher, daß die Regierung in eine sehr unangenehme Lage kommen wird, wenn das Gesetz erst im Plenum zur Beratung kommt, was angeblich noch in diesem Monat geschehen soll. Die Rechte wünscht zudem das neue Ministerium recht bürokratisch zu gestalten und ihm z. B. die Ernennung aller in Frage kommenden Beamten zuweisen. Die Linke dagegen will, daß die Gemeinden bei den Beratungen in autonomer Weise hinzugezogen werden, sie will also das neue Amt auf breiterem und mehr demokratischer Grundlage aufzubauen. Die Gegenseite scheint unüberbrückbar.

Inzwischen ist nach dem Finanzminister auch der Verkehrsminister Darcowski zurückgetreten, da in den Eisenbahnverstätten von Krakau und Lemberg eine Streikbewegung im Gange ist, die auf die anderen Eisenbahner überzugreifen droht, und in der er bisher vergebens zu verhindern suchte. Auch die Stellung Seydas ist keineswegs mehr fest, nachdem er mit seiner Programmrede die von Frankreich und selbstverständlich deshalb auch von den Rechten auf das eifrigste gewünschte Ausschüttung mit der Tschechoslowakei und somit den Beitritt Polens zur Kleinen Entente unmöglich gemacht hat.

Auch in der Finanzkommission plakten die Geister aufeinander, da die Rechte durchaus die Kündigung des Vertrages mit dem Piastenstaat freudlichen Militärblatt "Polska Brojna" will, wogegen sich die Linke wehrt. Auch hier also wieder der Kampf für und wider Piasten.

## Eine neue Kundgebung Seydas.

Die "Neue Ritterliche Zeitung" veröffentlicht eine Unterredung ihres Korrespondenten mit Minister Seyda. In der Unterredung finden sich Sätze, die bereits aus den parlamentarischen Auslassungen des Ministers bekannt sind, nur mit einer gewissen Modifizierung des Tons. So erklärt er nach der Feststellung der "aufrichtig friedlichen Stimmung gegenüber dem östlichen Nachbarn Polens", daß sich ähnlich auch das Verhältnis zu Deutschland bezeichnen lasse, das jedoch durch die Stimmungen, die in diesem Lande gegenüber Polen zutage treten, erschwert wird. Höchst interessant ist der Abschnitt der Unterredung, der die Ruhrbesetzung betrifft. Hier sagte Minister Seyda folgendes: "Die Ereignisse im Ruhrgebiet, wo die auf den Schutz der Vertragsrechte ziende Aktion der verbündeten Mächte Frankreich und Belgien eine grundlegende Bedeutung besitzt, werden in Polen mit begreiflichem Interesse verfolgt. Doch ist Polen weit entfernt davon, in die Ereignisse eingreifen zu wollen, wozu es in keiner Hinsicht berufen ist."

## Eine tschechische Versöhnungsstimme.

Der tschechische Landwirtschaftsminister Hodza hat in einer Rede, die er in Orawa in einer öffentlichen Versammlung hielt, die Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei angeschauten. Minister Hodza sagte unter anderem folgendes: Ich bedaure von ganzem Herzen, daß unsere Beziehungen zur Brudernation Polen bis jetzt noch nicht so gut sind, wie wir es wünschen. Sicherlich wird die künftige Geschichte konstatieren, daß zwei Brudernationen, nachdem sie ihre Unabhängigkeit mit schweren Opfern erkauften, die Zeit ihrer Freiheit mit gegenseitigen Konflikten verbracht haben. Sie wird alle diejenigen verurteilen, die dazu beigebracht haben, diese Konflikte hervorzuheben. Die Geschichte lehrt uns auch, daß Polen und Tschechien, wenn sie in Eintracht miteinander leben und eigene Wege gingen, früh in die tschechische Rente schaft kamen. Minister Hodza schloß seine Rede mit der Erklärung, daß die Beziehungen zwischen Polen und Tschechien eine der wichtigsten Fragen der Slawenpolitik in Mitteleuropa bilden.

Americanisches Copyright 1922 by Lit. Dr. M. Linde, Dresden-21.

## Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Aber, wandte Höppner ein, die Firma hat einen ersten Kurs, bietet vier Mark für den Meter mehr als die Hoesch-A.-G. in Sedlitz, wir brauchen das Holz nicht einmal abfahren zu lassen und können die hohen Spesen und die Fracht sparen, ganz abgesehen davon, daß sich auch für später eine rentable und bequeme Absatzmöglichkeit bietet. Alles in allem ließen sich etwa zwölf- bis fünfzehnhundert Mark mehr herauszahlen."

Nedern machte eine Handbewegung, als schnitte er etwas Unschönes durch: "Trotzdem, — es bleibt dabei, schreiben Sie also noch heute, daß ich die Offerte ablehne, da wir einen festen Lieferungsvertrag haben."

Der alte Herr stellte das Schreiben wieder ein: "Sehr wohl!" Höppner war viel zu tatkraftig, um nach den Gründen der schroffen Ablehnung zu fragen, aber er wunderte sich doch, weshalb sein junger Prinzipal, der sonst ein genauer Rechner war, das selten günstige Angebot ausschlug, schließlich fand man das Geld auch nicht auf der Straße!

Doch Hasso sprach schon von etwas anderem, etwas hastig und übersürzt, als liege ihm daran, das Thema möglichst schnell zu wechseln: "Was ich noch sagen wollte, in Elanitz scheint in den letzten Jahren ein bisschen viel geschlagen zu sein?"

"Ja," der Inspektor zuckte die Achseln, "der Herr Graf ist kein Landwirt, es ist ein Jammer um den schönen Wald, das Gut ist kaum noch die Hälfte wert wie früher, und der Pächter, der Roloff, schindet heraus, was sich nur herausholen läßt, ohne etwas hineinzustellen, da ist es kein Wunder, wenn es immer weiter bergab geht."

"So-o." Hasso ärgerte sich nun doch, daß er gefragt hatte, und dann sagte er ein bisschen von oben herab: "Na, das geht uns ja schließlich nichts an. — Morjen, Herr Höppner, ich will mich noch ein paar Bissen essen, dann komme ich zum Aufstellen," und nach einem kurzen Gruß ging Nedern mit langen Schritten dem Herrenhaus zu.

## Polen und Danzig im Völkerbundsrat.

In der Donnerstagssitzung des Völkerbundsrates wurde der Konflikt zwischen Polen und Danzig erörtert. Als Referent sprach der Delegierte Spaniens, Quinones de Leon, der für die Beibehaltung des bisherigen Verfahrens eintrat. Der Danziger Oberkommissar des Völkerbundes, Mac Donnell, dem nach dem Referenten das Wort erteilt wurde, stellte die Ausführungen der polnischen Note an. Er wies darauf hin, daß der Versailler Vertrag die Freistadt Danzig ins Leben gerufen habe, um Polen einen freien Zugang zum Meer zu sichern. Nach Ansicht des Oberkommissars müßten sich Polen und Danzig, als gleichberechtigte Parteien, in allen Streitfragen an den Oberkommissar wenden und vor dessen Entscheidung alles vermeiden, was eine Änderung des Tatsachenbestandes bedeuten könnte. Seit Abschluß der Novemberkonvention entscheide diese, und nicht der Versailler Vertrag, über die Beziehungen zwischen Polen und Danzig. Die Kompetenz des Oberkommissars müßte sich sogar auf die Fragen erstrecken, wo die polnische Innenvorwaltung auf dem Gebiet der Republik ins Spiel komme. Alle mit der Souveränität begründeten Einschränkungen seien hier unzulässig. Der Oberkommissar trat auch gegen jede direkte Aktion beider Seiten auf, da sie nicht im Einklang stände mit den Grundzügen des in der Pariser Konvention vorgesehenen Artikels.

Nach der Rede des Oberkommissars sprach der Delegierte Polens, Leon Pluciński. Dieser wies darauf hin, daß die Entwicklung der polnisch-Danziger Beziehungen wegen der Politik des Danziger Senats immer mehr von den Grundzügen des Vertrages und der Konvention abweiche und nicht nur die elementaren Verhältnisse der Ein- und Ausfuhr Polens beubrehe, sondern auch gleichzeitig selbst Danzig, sowie alle an der Ostsee als Handelsverbindung zwischen Polen und den Randstaaten interessierter Staaten ernsthaften Verlusten auszehe. Der Kommissar forderte dann unter Hinweis auf die ernste Lage Polens eine schnelle und gründliche Revision der Gesamtgestalt der polnisch-Danziger Fragen und versuchte an zahlreichen Beispielen nachzuweisen, daß die Berechtigungen Polens hinsichtlich der Bollstrafen, der Unternehmungen und Bürger Polens in Danzig nicht realisiert seien, und daß sowohl diesen, als auch auf allen anderen Gebieten das bisherige Schiedsverfahren nicht vermocht habe, die Mittelgestaltung der eigentlichen Rolle und Bestimmung der Freistadt Danzig zu verhindern. Die einzige Rechtsquelle für die Gesamtheit der polnisch-Danziger Beziehungen und aller späteren Konventionen und Verträge sei der Versailler Vertrag, den Polen genauso einhalte. Der polnische Delegierte protestierte dann gegen die Forderung des Oberkommissars des Völkerbundes, daß seine Kompetenzen auch alle der Innenvorwaltung Polens umfassen sollen, und wies auf die Unzulässigkeit des Anspruchs hin, daß Polen als souveräner Staat, in dessen Interesse die Freistadt Danzig geschaffen wurde, auf gleicher Stufe mit der Freistadt behandelt würde, die ein Werk sei, das in seiner ganzen politischen Gestalt vom Völkerbund und von Polen abhänge. Zum Schluß kündigte er an, daß Polen für den Fall, daß seine grundähnlichen Desiderate vom Völkerbund nicht realisiert würden, in dieser Hinsicht mit eigenen Vorschlägen hervortreten werde.

Nach dem polnischen Delegierten sprach Sahm, der Präsident der Freistadt Danzig. Er sah die Zuspaltung der Beziehungen zwischen Polen und Danzig der polnischen Republik zu und billigte ganz und gar die Anschauung des Oberkommissars sowohl über seine Kompetenzen als auch hinsichtlich der ausschließlichen Rechtsfähigkeit der Novemberkonvention, die das einzige Rechtskriterium für die polnisch-Danziger Beziehungen geworden sei. Der Präsident hat dann den Völkerbundsrat, so bald als möglich gegen die von der polnischen Regierung unternommene direkte Aktion einzuschreiten.

Der Delegierte Großbritanniens, Lord Robert Cecil, wandte sich an den polnischen Delegierten mit der Frage, ob die polnische Regierung die Pariser Konvention als gültig ansiehe und ob sie im Bereich ihrer Durchführung die Kompetenzen des Oberkommissars anerkenne. Der polnische Delegierte gab eine bejahende Antwort.

Der Delegierte Japans, Graf Ishii, erklärte, daß er weiterhin den Versailler Vertrag als Rechtsquelle für Danzig ansiehe, daß aber seit der Pariser November-Konvention der Tag der letzten der letzten die polnisch-Danziger Beziehungen regeln müsse.

Die Diskussion sollte am Freitag, gegebenenfalls auch noch am Sonnabend fortgesetzt werden. Ein Beschluss des Völkerbundsrates wird am Freitag oder Sonnabend gefaßt werden. Angeblich der gründlegenden Bedeutung des angekündigten Problems sind alle anderen speziellen polnisch-Danziger Fragen auf Antrag des Delegierten Polens von der Tagesordnung der gegenwärtigen Session des Völkerbundsrates gestrichen worden.

## Die Maßnahmen gegen den Deutschenbund.

Die "Deutsche Zeitung in Pommern" (Dirschau) schreibt in Nr. 149 vom 4. d. Mts. an führender Stelle: "Wir möchten wirklich wissen, welches Interesse Frankreich an dem Deutschenbund hat, daß sein Organ in Warschau "Journal de Pologne" sich so lebhaft für seine Erdrosselung interessiert. In diesem Blatte, das wir schon mehrfach auf Unwahrheiten und böswilligen Entstellungen ertappten, gibt ein Pole Barends, der seine polnische Muttersprache so sehr liebt, daß er sich mit Vorliebe der französischen bedient, eine Unterredung mit dem Wojewoden von Pommern, Jan Brejski, wieder, der wir folgende angebliche Worte des Wojewoden über den Deutschenbund und die Gründe der Auflösung seiner Filialen in Pommern entnehmen:

"Der zentrale Sitz des Deutschenbundes ist die Stadt Bromberg. Es gibt verschiedene Filialabteilungen, welche über das ganze Land verteilt sind. Außerdem gibt es Abteilungen, die so gut organisiert sind, daß sie wirklichen Ministerien entsprechen (für Landwirtschaft, dem für öffentlichen Unterricht usw.). Es gibt Kreis- und Gemeindeverwaltungen. Die Provinz Pommern ist durch den Deutschenbund in zwei Bezirke geteilt: einen nördlichen und einen südlichen, der erstere mit dem Sitz in Dirschau, der zweite in Graudenz. Die Leiter aller dieser Einrichtungen sind deutsche Bürger, welche die Gutsfreundschaft des Landes genießen, um gegen es zu arbeiten. Die Mehrzahl unter ihnen sind protestantische Geistliche. Ich habe eben einen Ausweisungsauftrag für den wichtigsten unter ihnen unterzeichnet, den Präsidenten des Zentralbüros in Bromberg, den Pastor Engelbrecht, und zwar trotz der Einsprüche und Interventionen, die zu seinen Gunsten unternommen wurden. Er ist gezwungen worden, Polen zu verlassen. Seine rechte Hand (der Präsident des südlichen Bezirks), der Dr. Koerber, wird ihm in einigen Tagen folgen.\* Alle pommerschen Abteilungen sind auf meinen Besuch geschlossen worden, da sie ungesehlich handelten. Eine ganze Reihe von Personen werden demnächst unter Anklage des Hochverrats gestellt werden. Verschiedene Verhaftungen sind durchgeführt worden, unter anderem die des Vorsitzenden der Abteilung Soldau, eines gewissen Richard, welcher beschuldigt ist, versucht zu haben, die Graudenzer Garnison zu korrumpern, wo er polnische Soldaten ukrainischer Herkunft zur Fahnenflucht überredete." (?)

Soweit zunächst die angeblichen Äußerungen des Wojewoden, deren Fortsetzung in der nächsten Nummer Herr Barends verspricht. Wenn wir nun mehr die hier gemachten Äußerungen mit den Tatsachen vergleichen, können wir zu keinem anderen Schluss kommen, als daß Herr Barends seine Unterredung aus den Fingern gekrochen, doch er absichtlich gelogen hat und das "Journal de Pologne" somit einer peinlichen Mythenbildung zum Opfer gefallen ist.

Daher der Deutschenbund, wenn er überhaupt den Anspruch auf den Titel "Organisation" haben will, sich in Unterabschnitte teilt und möglichst alle Gebiete umfaßt, in denen sich Deutsche befinden, ist so selbstverständlich, daß es ein Lied der Unfähigkeit singen hieße, wollte man ihn deshalb tadeln. Zur Richtigstellung der anderen Behauptungen ist folgendes zu sagen:

1. Es ist unwahr, daß die Leiter der "Institutionen" des Deutschenbundes deutsche Bürger seien, die hier nicht heimatberechtigt wären. Alle uns bekannten Vorsitzenden — und wir kennen bestimmt die meisten von ihnen — sind polnische Staatsbürger, selbstverständlich deutscher Nationalität. Niemand wird verlangen können, daß sich der Deutschenbund von Nationalpolen leiten läßt.

2. Es ist unwahr, daß die Leiter des Deutschenbundes gegen den polnischen Staat gearbeitet haben. Noch hat kein Gericht beweisen kann, ein Vergehen in dieser Richtung zu dulden, noch ist die Spur eines glaubhaften Beweises bisher nicht beigebracht.

3. Es ist unwahr, daß die Mehrzahl unter ihnen protestantische Geistliche sind. Gerade diese Behauptung erweist uns den Charakter der Meldung als eine Mythenbildung; denn das kann nach eigenem Wissen der Wojewode nicht behauptet haben.

4. Es ist unwahr, daß der ausgewiesene Vater Engelbrecht der Präsident des Zentralbüros in Bromberg ist. \*) (Anm.) Wie wir erfahren, wurde tatsächlich der Majoratsbesitzer Dr. v. Koerber-Koerberode, Kreis Graudenz, der auf einen von seinem Vorfahren erbekommen Wohlwohnsitz auf seiner Heimat ausgewiesen. Herr Dr. v. Koerber kommt auf der Reichsliste der deutschen Fraktion des nächsten Wahls ein, der Verlustbericht findet; er wurde auch im Wahlkreis Graudenz auf die Wahlliste gesetzt. Niemand wird damals die polnische Staatsangehörigkeit des ausgewiesenen Vorsitzenden des Deutschenbundes Pommern-Süd bestritten. Herr Dr. v. Koerber hat gegen seine Ausweisung in Warschau Protest erhoben.

## III.

Die cremefarbenen, durchbrochenen Stores waren zugezogen und gedämpft fielen die Strahlen der Nachmittagssonne in das Herrenzimmer. Marianne ließ die Handarbeit sinken und griff nach dem "Deutschen Jäger", den der Diener soeben mit ein paar anderen Postfächern auf den Tisch gelegt hatte: "Soll ich Dir etwas vorlesen, Vaterchen?"

"Ja, Kind, es ist zu dumm, aber meine alten Augen wollen gar nicht mehr so recht mittun, und ein Glas mag ich nicht tragen, da verdikt man sich die Sehkraft nur noch mehr." Graf Dassel schob die geleerte Kaffeetasse aus blattdinem Sebresporzellan zurück und lehnte sich behaglich in die Kissen des Rohrstuhls, während er dem Rauch seiner Zigarre nachblickte.

Das junge Mädchen blätterte die Zeitung auseinander und räusperte sich, aber in diesem Augenblick klapperte vom Hof her das dumpfe Hupen eines Autos.

"Ach herreh," der alte Herr machte ein ärgerliches Gesicht, natürlich wieder ein Besuch, entweder der Sanitätsrat oder Böhl, denn ein anderer Mensch hat ja auf Meilen im Umkreis keinen solchen Teufelskarren."

Bei der Nennung von Böhls Namen war Marianne ein wenig rot geworden, nun legte sie die Jagdzeitung zusammen und stand rasch auf: "Da will ich mir gleich noch Kaffee und Gebäck herausgeben, — komm, Lumpi!" rief sie den Diener, der lässig nach der Tür tannte.

Zwei Minuten später trat der Diener ein: "Herr Böhl wünscht dem Herrn Grafen seine Aufwartung zu machen."

"Ich lasse bitten!"

Graf Böhr richtete sich ein wenig auf und legte die Decke zurecht, aber zwischen seinen buschigen Brauen stand eine senkrechte, kleine Falte, die darauf schließen ließ, daß ihm dieser Besuch durchaus nicht übermäßig erwünscht war. Über den Korridor kamen eilige, feste Schritte — ein kurzes, sekundenlanges Zögern, dann öffnete sich die Tür und Georg Böhl stand auf der Schwelle. "Guten Tag, Herr Graf, ich mußte doch einmal wieder in Elanitz vorsprechen!"

"Ah' schön' guten Tag, lieber Herr Böhl, wir hören Sie schon hupen, und mein Mädel will gleich für die nötige Ablung sorgen. — wie geht es denn immer?"

Der junge Fabrikbesitzer, eine schlanke, schmal Schultrige Gestalt mit etwas nach vorne geneigter Haltung, zog sich einen Stuhl heran.

"Danke, man muß eben zufrieden sein, Arbeit gibt es viel Arbeit, und natürlich auch den nötigen Ärger, ohne den ein armer geplagter Geschäftsmann nun mal nicht leben kann."

"Na, ich dachte, Sie hätten doch keinen Grund, sich zu beschweren," der alte Herr lächelte ein klein wenig spöttisch, bei der glänzenden Konjunktur, — ich las erst gestern, daß Sie wieder eine Dividende von 25 Prozent verteilt haben!"

Georg Böhl fächelte sich mit dem seidenen, nach Ylang-Ylang duftenden Taschentuch Luft zu: "Ja, — die Herren Aktiengesellschaften, die haben es gut, schlafen ohne Sorgen und schneiden nur die Kupons ab, aber wir armen Arbeitstiere räkeln uns ab, und wenn mal 'ne Flauta kommt, dann haben wir die Suppe auszulöffeln."

Unstreitig machte Böhl eine gute Figur. Der schwarze Anzug, die graugestreiften Weinleider, und die blütenweiße Pikeuse verliehen einen erschlaßigen Schneider, die schmalen, langen Füße stellten in tadellosen, gelben Lackstiefelchen, und das dunkle, kurze, gescheitelte Haar kontrastierte felsig zu dem bläfften Gesicht, das mit der kurzen, geraden Nase, dem englisch verschmierten Schnurrbart und dem großen, schmalrippigen Mund einen amerikanischen Typ hatte. Nur die kleinen, merkwürdig hellen Augen mit den kaum stecknadelkopfgroßen Pupillen hatten einen unruhigen, lauernden Ausdruck.

"Na," meinte Graf Dassel, "ganz so schlimm wird's wohl nicht sein, bekommen Sie denn noch genügend Arbeitskräfte?"

"Mehr als genug bei den enormen Löhnen, die wir zahlen, eine Mark zwanzig für die Stunde und siebenstündige Schicht, aber an Rohmaterial mangelt es, aus Böhmen und Russland kommt kein Holz mehr herein, aus Schweden auch nicht, da sind wir ganz auf den heimischen Bestand angewiesen, und der reicht natürlich nicht annähernd, um auch nur das Nötigste zu decken."

Böhl erhob sich plötzlich, und über seine Lippen glitt ein verbindliches Lächeln. Marianne trat ein, gefolgt von dem Diener, der ein Tablett mit Kaffeegeschirr und Keks trug. (Fortsetzung folgt.)

berg ist. Ich habe vielen (fast allen) Sitzungen des Zentralvorstandes beigewohnt, ich habe ihn dort niemals, nicht einmal als Zuhörer angetroffen. Wahr ist vielmehr, daß er niemals Vorsteher in irgend einem Deutschtumsbunde, nicht einmal in der kleinen Ortsvereinigung gewesen ist.

5. Es ist unwahr, daß Dr. v. Koerber im Graudenz Kreise die rechte Hand des Pfarrers Engelbrecht gewesen sei. Das er dem Ausgewiesenen folgen könnte, ist ausgeschlossen, da er (wie überbaute die Vorstehenden) die polnische Staatsangehörigkeit bejaht.

6. Über die Tatsachen, aus denen eine illegale Handlung der Deutschtumsbunde hervorgehen soll, hat der Wojewode, obwohl die Gelehrte es verlangen, bisher keinerlei amtliche Auskünfte gegeben.

7. Dass sich bende Prozesse, die man gerne mit einer Mysterie des Schauerlichen umgibt, zu Ende geführt werden, ist sehr wünschenswert, da sie die Haltlosigkeit der Verdächtigungen erweisen müssen. Die deutsche Fraktion im Sejm hat sich bereits in einer Interpellation — bisher leider vergebens — um ihre Beschleunigung bemüht.

Es ist also wohl zu erwarten, daß schon in nächster Zeit der Wojewode von Pommern die ihm in den Mund gelegten Anzurungen dementieren oder richtigstellen wird." Kr.

## Senat.

In der Mittwochssitzung des Senats kamen wieder wichtige Angelegenheiten zur Sprache. Bei der Erörterung des Gesetzes über die Anleihegarantie für den Bau von Arbeitshäusern für Rückwanderer aus Deutschland wies Senator Kiercyński von der Nationalen Arbeiterpartei darauf hin, daß sich in Westfalen und im Rheinland ungefähr 50 000 polnische Familien befinden, deren Lage von Tag zu Tag schlimmer werden (?). Die Novelle zum Gesetz über die Garantieerteilung für Begünstigungsanleihen für die Kleinindustrie wurde im Ausschussswortkant angenommen. Ferner nahm der Senat das Gesetz, das den deutsch-polnischen Vertrag über die gemeinsame Deichverwaltung in der Marienwerder Niederung ratifiziert, unverändert an.

## Republik Polen.

### Für die ausländische Propaganda Polens.

Der Auslandsausschuß des Senats nahm nach einem Bericht des Presseschefs des Außenministeriums eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird, die ausländische Propaganda so schnell als möglich auf westeuropäisches Niveau zu stellen, um die vom Osten und vom Westen kommende gegnerische Propaganda, die mit großem Kräfte- und Mittelaufwand die vitalsten Interessen der Republik treffe, gleichmäßig zu bekämpfen.

### Die Beamtenbesoldung.

Der Unterausschuß für Beamtenfragen hat mit der Erörterung des Gesetzentwurfes über die Besoldung der Staatsfunktionäre begonnen.

### Die polnische Gruppe der interparlamentarischen Union.

In der Donnerstagsitzung der polnischen Gruppe der interparlamentarischen Union wurde das Statut der Gruppe angenommen. Der Vizemarschall des Senats, Geistlicher St. Chal., brachte eine Resolution ein, in deren Sinne die Delegierten der Gruppe auf interparlamentarischen Konferenzen solidarisch auftreten sollen. Die Resolution wurde angenommen, nach der Pause jedoch wieder zurückgezogen und der Grundsatz angenommen, daß das Auftreten auf interparlamentarischen Konferenzen nur im Einvernehmen mit der Delegation der Gruppe erfolgen könne. Marschall Trampkowski brachte folgenden Antrag ein: Die Union ist nicht als Appellationsinstanz bezüglich des eigenen Staates oder Parlaments anzusehen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und darauf die Wahl des Präsidenten vollzogen.

### Die Entlassung Piłsudskis aus dem Heere vollzogen.

Der Staatspräsident hat an Marschall Piłsudski ein Schreiben gerichtet, in dem er das Gesuch des Marschalls um Entlassung als Vorsitzender des engen Kriegsrates und als zweiter Vizevorsitzender des vollen Kriegsrates genehmigt.

### Nicht Gesandtschaften, sondern Botschaften.

Es wird gemeldet, daß die polnische Regierung zusammen mit der Regierung Frankreichs unter Vermittlung ihrer Gesandtschaften in Paris, London, Rom, Washington und Tokio sich davon bemüht hat, daß die aufgeführten Gesandtschaften als Botschaften anerkannt und Polen unter die Großmächte eingereiht wird. (Was das den Staat wieder für Geld kosten wird! Und noch dazu in fremder Valuta! Die Schrift!)

### Die Steuerlage.

Die "Gazeta Warszawska" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Vizeminister der Finanzen, M. Karwowski, über die Steuersituation. Der Vizeminister erklärt, daß Polen hinsichtlich der Steuern eigentlich die schwierigste Zeit bereits hinter sich habe (?). Die Erhebung der Einkommensteuer er gehe ihrem Ende entgegen und werde 100 Milliarden Mark einbringen. Bald würden Einfüsse aus der Grund- und aus der Gewerbesteuer zu verzeichnen sein. Die Gewerbesteuer dürfe 100 Millionen Blotz und die Grundsteuer 50 Millionen bringen.

## Stillschweigen in London.

Über die Unterredung Lord Curzons vom 5. Juli mit dem französischen und belgischen Botschafter in London wird offiziell das strengste Stillschweigen bewahrt. Nur soviel wurde bekannt, daß Graf St. Aulaire dem englischen Minister Auskünfte über eine Reihe der von England gestellten Fragen gegeben hat, ohne eine schriftliche Antwort zu überreichen. Lord Curzon soll weitere Ausklärungen verlangt und zum ersten Male den Wunsch nach schriftlichen Auszeichnungen ausgesprochen haben. Auch der belgische Botschafter hat, wie aus Brüssel gemeldet wird, nicht eine schriftliche Note seiner Regierung überreicht, dagegen aus eigenem Ermessen eine rein persönliche Auszeichnung zur Unterstützung seines mündlichen Vortrages übergeben. Im übrigen scheint es, daß der belgische Botschafter eine Vermittlerrolle spielte und eine Konferenz der verbündeten Ministerpräsidenten angeregt hat. Auch das wird jedoch aus Brüssel als rein persönlicher Schritt bezeichnet.

### Die französisch-belgische Auffassung betreffend den passiven Widerstand.

Der belgische Minister des Auswärtigen hat den Botschafter in London beauftragt, die belgische Antwort auf die englische Frageliste zu übergeben. In der Liste befinden sich die beiden Fragen: Was versteht Belgien unter der Beseitigung des passiven Widerstandes und welche Form der Beseitigung soll an der Ruhr eingesetzt werden, wenn dieser passive Widerstand aufhört. Die Antwort, die Belgien auf diese Frage gibt, ist gleichlautend mit der französischen.

Unter der Beseitigung des passiven Widerstandes versteht die belgische Regierung, daß die bekannten Vorschriften der deutschen Regierung an die Bevölkerung zurückgezogen werden und ebenso alle Bezahlungen aufhören, die gemacht wurden, um die Streitenden zu unterstützen. Außerdem soll die deutsche Regierung die

Leute auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Ausfuhr von Produkten darf nicht gehindert werden.

Die deutsche Regierung muß die notwendigen Maßnahmen nennen, um die Sicherheit der Belgier an der Ruhr zu gewährleisten. Wenn Deutschland formell bereit dazu ist, soll die Zahl der Truppen auf die absolut notwendige Stärke verringert werden, die zur Sicherheit der belgischen Civilbeamten an der Ruhr notwendig ist.

### Die Gegenstände der Meinungsverschiedenheit mit England.

Der Gegensatz der beiden Auffassungen liegt, wie aus London geschrieben wird, vor allem darin, welche Form die Ruhrbefreiung annehmen würde, wenn der sogenannte passive Widerstand bei neuen Verhandlungen mit der deutschen Regierung eingestellt würde. Auf englischer Seite scheint man zu erwarten, daß in diesem Falle unverzüglich die Truppen zurückgezogen und nur die alliierten Ingenieure vorläufig auf ihrem Posten belassen würden. Auf französischer Seite macht man davon geltend, daß die Entscheidung darüber vom Verhalten der Bevölkerung abhängig wäre. Wenn diese mit den Verbündeten zusammenarbeiten würde, würde die ursprünglich unsichtbare Beseitigung wieder in Kraft treten. Wenn dagegen Sabotageakte und Attentate anhalten, wird die militärische Beseitigung in aller Stärke weiter bestehen müssen.

Die zweite Frage ist die nach der Gesamtanstrengung der Beseitigung. Frankreich und Belgien haben dazu erklärt, daß sie die Beseitigung nur nach Machgabe der eingangsgezahlten Zahlung aufzieben würden. England sieht dagegen auf dem Standpunkt, daß die Beseitigungsfähigkeit durch die Beseitigung sehr bedeutend eingeschränkt sei. In diesem Punkte sind Frankreich und Belgien, die sich durch die belgischen Beschlüsse gebunden haben, angeblich zu keinem Zugeständnis zu haben.

### Die Verstärkung der englischen Luftstreitkraft.

Die "Dt. Allg. Zeit." bringt einen Aufsatz ihres Londoner Beobachters, in dem es folgendermaßen heißt: Der Entschluß der englischen Regierung, die Luftstreitkräfte des Landes wesentlich zu vermehren, ist eine recht bedeutsame Maßregel. Es kann leicht sein, daß später, zurückzuhauende Beurteilern dieser Entschluß als der Ausgangspunkt einer Entwicklung erscheinen wird, die der europäischen Politik der Nachkriegszeit ein vollkommen verändertes Gesicht gab. Das kann sein — aber sowohl es sich um die Gegenwart und um die unmittelbare Zukunft handelt, wird man gut tun, sich vor überreiten Schlüßfolgerungen zu hüten. Deutsche Zeitungen schreiben angeblich bereits von einer Kriegsmöglichkeit zwischen Frankreich und England und von einer Bundesmöglichkeit zwischen England und Deutschland. Derartige Lücherungen entsprechen nicht den vorliegenden Tatsachen. Die Wahrheit ist, daß es sich zunächst um eine reine Verteidigungsmaßregel Englands handelt. Die Regierung hat das immer wieder mit großem Nachdruck im Unterhaus betont, und es ist außer Zweifel, daß diese Versicherung den vollen Glauben verdient.

Das wird — auch für den Laten — bereits aus der technischen Gestaltung der Regierungspläne erkennbar. Die Londoner Blätter heben hervor, daß das Programm Baldwin's nicht etwa den Einmächer-Verteidigung-Standard: d. h. die englischen Kräfte sollen den französischen nicht absolut gleich, sondern nur so weit entwickelt werden, als zur Abwehr eines gegen die englischen Inseln gerichteten Angriffs notwendig wäre. Ein paar Zahlen werden den Unterschied deutlich machen. Nach den Entwürfen, die gegenwärtig der französischen Kammer vorliegen, wird Frankreich, nach den Schätzungen der englischen Presse 1925 2000 Flugzeuge im aktiven Dienst und mehr als 5000 in der Reserve haben, und nach einer Mobilisation von 36 Stunden wird es fähig sein, 7000 bis 8000 Flugzeuge in den Kampf zu schicken. England besaß bei Beginn dieses Jahres 30 Luftgeschwader, die in den letzten Monaten auf 48 erhöht wurden; das neue Programm wird eine weitere Vermehrung um 34 Geschwader bedeuten — zusammen also 82 Geschwader, von denen jedoch 30 in Übersee verwendet werden. Auch nach Durchführung der neuen Pläne würde das Zahlenverhältnis der englischen Luftstreitkräfte zu den französischen noch immer derartig sein, daß es sich nur um einen Abwehrkampf handeln könnte. Die Basis der englischen Luftstreitkräfte soll über das ganze Land und besonders über die Industriegebiete verteilt werden. Auf reine Schutzmäßigkeiten soll besonderes Gewicht gelegt werden — so besteht z. B. der Plan, in London große unterirdische Zufluchtorte anzulegen, die nicht nur gegen Bomben, sondern auch gegen Gas-Schutz bieten sollen.

Der Geist, aus dem heraus dieser Plan geboren wurde, spricht für den ausschließlichen Abwehrwillen der englischen Regierung. „In Übereinstimmung mit unseren Verpflichtungen gegenüber den Satzungen des Völkerbundes“, sagte der Minister im Unterhaus, „würde die englische Regierung mit Freuden mit anderen Regierungen bei Befreiung der Luftflotte zusammenarbeiten, auf ähnlichen Grundlinien, wie dies etwa beim Vertrag von Washington in bezug auf die Flotteneinschriften der Hall war, und es ist unnötig zu sagen, daß diese derartige Vereinbarung über die in meinen heutigen Erklärungen angekündigte Luftpolitik dominieren würde.“ Das ist nicht etwa nur eine bloße Redensart — im Gegenteil drückt sich in dieser Bemerkung der eigentliche Sinn dieser englischen Maßregel aus, der darin besteht, Frankreich zu Verhandlungen geneigt zu machen. Das England von heute, die politischen Parteien, die wirtschaftlichen Faktoren, der Mann auf der Straße — sie alle haben einen wahren Horror vor dem Gedanken eines neuen Wettbewerbs der Mächte, und zwar von allen anderen Gründen abgesehen, allein schon aus Rücksicht auf die Finanzen. England, das seine Schulden bezahlt und seine Währung in Ordnung hält, staubt sich den französischen Rüstungsluxus nicht gestatten zu können. Es gibt heute 122 Millionen Pfund jährlich für seine Landesverteidigung aus, und die weitere Belastung von 5½ Millionen, die sich aus dem neuen Programm ergibt, wird bereits schwer empfinden. Weder die Regierung noch die Öffentlichkeit haben deshalb an diesem Plan irgend eine Freude.

Und eben weil die Gedanken und Ziele der englischen Regierung, von denen sie bei diesem Entschluß geleitet wurde, so offenkundig sind, hat sie dabei den weit aus überwiegenden Teil des Volkes hinter sich. Immerhin aber kommt aus zwei Lagern Opposition. Zunächst von der Arbeiterpartei, die in ihrer Jahresversammlung den schärfsten Widerstand gegen das Regierungsprogramm angekündigt hat und in einer Resolution wieder einmal die allgemeine Weltkriegsführung und ähnliche schändliche Dinge verlangte. Das ist der verhängnisvolle innere Widerspruch in der englischen Politik: gerade diejenigen Kreise Englands, die am lautesten eine scharfe Stellungnahme gegen die französische Raumpolitik verlangen, sind am wenigsten bereit, die Regierung zu unterstützen, wenn es sich darum handelt, solchen Protesten einiges tatsächliches Gewicht zu geben. Indessen, die Arbeiterpartei steht in diesem Falle allein, und ihr Widerspruch wird also keine praktischen Folgen haben. Anders steht es jedoch mit der Opposition aus dem zweiten Lager, die stiller, aber gefährlicher ist. Auf dem äußersten Flügel der konservativen Partei steht man den Wünschen der Regierung natürlich keinen offenen Widerstand entgegen, aber man betrachtet sie, da sie gegen Frankreich gerichtet sind, mit starkem Misstrauen. Man darf sicher sein, daß diese Auffassung der Hochstücks, die im Kabinett sicherlich sehr einflußreich vertreten sind, bei allen Entscheidungen gegenüber Frankreich schwer ins Gewicht fallen wird.

Baldwin, von links durch die Arbeiterpartei und von rechts durch die Die-Hards bedrängt, könnte schon darum keine französischfeindliche Politik treiben, an die er selbst und seine Freunde nicht einen Augenblick denken und für die im ganzen Lande kein Boden vorhanden ist. Man kann in diesem Zusammenhang nur wiederholen, was bei Betrachtung der Reparationsfrage so oft gesagt worden ist: nicht ein Konflikt, sondern eine Versöhnung mit Frankreich ist augenscheinlich das Ziel der englischen Politik. Ist eine solche Versöhnung, was das Wahrscheinlichste ist, solange Poincaré am Ruder ist, nicht möglich, so wird England für seine eigene Sicherheit sorgen und sich im übrigen an den kontinentalen Angelegenheiten zwar nicht formal desinteressieren, aber sie aus der Entfernung beobachten. Die große Ausdehnungswirkung zwischen den beiden imperialistischen Staaten, die im Laufe der geschichtlichen Entwicklung liegt, wird kommen — aber nicht heute und morgen. Und die schicksalsschwere Frage bleibt offen, ob Deutschland die innere Kraft haben wird, diese historische Entwicklung abzuwarten, nachdem England in Versailles an sich selbst und an Europa die Sünde beginnt, das Reich zur Ohnmacht zu verurteilen.

### Krise in der englischen Arbeiterpartei.

Die Labour Party wird heute eine entscheidende Sitzung abhalten, in der es sich ergeben wird, ob die Spaltung in der Partei vermieden werden kann. Die vier Arbeitsergeordneten aus Glasgow hatten in der vorigen Woche schwere Beleidigungen gegen das Unterhaus ausgesprochen, sich aber geweigert, dieselben zurückzunehmen. Der Parteiführer Ramsay Mac Donald sucht unter allen Umständen die Parteieinheit und die Parteidisziplin aufrechtzuhalten. Sollten die betreffenden Abgeordneten an ihrer Weigerung festhalten, so werden sie aus der Partei ausscheiden. Auf keinen Fall ist mit einer Demission Ramsay Mac Donalds als Parteiführer zu rechnen.

## Der Verfall des Bildungswesens in Russland

Wie alle politischen Revolutionen, so hat sich besonders die russische mit Macht auf die Volksbildung geworfen, von deren umfassender Pflege man einen reichen und unvergleichlichen Aufstieg des Russenvolkes mit seinen unverbrauchten Kräften zu politischer und kultureller Weltstellung erhofft. Mit staunenswerter Energie und mit den gewaltigen Mitteln, die in der ersten Blüte der bolzhevistischen Revolution zur Verfügung standen, stützte sich der Volkskommissar Lunatscharski in dieser Aufgabe, als deren nächstes Ziel die schnelle Überwindung des Analphabetismus galt. Daneben ging die massenhafte Errichtung von Kindergarten, Internaten, die Veranstaltung der verschiedensten öffentlichen Vorträge, Expeditionen von Eisenbahngesellschaften, Museen usw. Und der Erfolg blieb nicht aus. Auf den Dörfern wurde viel mehr gelesen, der Schulbesuch der Jugend stieg bedeutend. So schien es Ende 1919, daß die Beseitigung des Analphabetismus in Russland nur noch eine Frage von kurzer Zeit sei. Aber es kam anders. Der Konflikt mit Polen, der alle Kräfte des geschwächten Staatsorganismus für die Kriegsführung absorbierte, vertieft den jungen Bildungswesens der Revolution den tödlichen Stof: Die staatliche Unterstützung des Schulwesens mußte auf das Mindestmaß beschränkt werden, die Elementarrichulen wurden insgesamt der Sorge der Lokalbehörden überlassen. Die Folgen stellten sich schnell ein: Während noch im Jahre 1919 71 Prozent der gesamten schulpflichtigen Jugend die Schulen besuchten, war dieser Prozentsatz zu Ende 1922 auf nur 38 Prozent gesunken. Die Lehrer gehören jetzt zu den schlechtbezahlten Arbeitern; sie beziehen ein Gehalt, das nur 12 Prozent des Erwachsenenminimums ausmacht, während der Holzarbeiter 81 Prozent, der Metallarbeiter 46 Prozent beziehen. Sie verlassen darum allgemein ihre Stellen, und es ist unmöglich, gute Kräfte zu gewinnen. Besonders ernst ist die Lage der Hoch- und höheren Schulen, von denen in letzter Zeit 40 vollständig aufgehoben wurden. In ganz Russland sind von höheren Schulen aller Art nur noch 91 übrig, und man denkt an weitere Heraabminderungen. Was die Revolution auf diesem Gebiet in den ersten Jahren geleistet hatte, ist jetzt alles liquidiert, so man ist noch beträchtlich unter den früheren Stand herabgesunken. Ohnehin steht es um die sog. Kinderhäuser, jene mit großem Aufwand errichtete Schöpfung des Volkskommissariats, die für die noch schulpflichtigen Kinder zu sorgen hatte. Sie werden in Bausch und Bogen aufgehoben; der Staat sorgt zurzeit nur noch für 200 000 Kinder, obwohl sich Millionen von Kindern gemeldet haben.

So zeigt die Bilanz einer mit unerträgarem Eifer und fast messianischem Enthusiasmus begonnenen Bildungspolitik einen zehnmaligen Erfolg, dessen Größe durch nichts so charakterisiert wird als durch das Urteil Lenins in einem Artikel der "Pravda" vom 4. Januar 1923: „In der Zeit, wo wir von proletarischer Kultur schwächen, zeigte es sich, daß wir von der allgemeinen Volksbildung noch weit entfernt sind und daß sogar unser Fortschritt geringer ist im Vergleich mit der zaristischen Epoche.“ Die Bildung der kommenden Generation ist in Russland auf höchste Bedrohung, der Staat mit den ungeheurem Quellen menschlicher Energie ist auf die Stufe eines Primitivstandes der Kultur zurückgeschleudert, aus dem herauszukommen schwieriger sein wird, als aus der wirtschaftlichen Katastrophe.

### Der deutsche Botschafter auf der Landwirtschaftsausstellung in Moskau.

Nach eingehender Besichtigung des Arsenals der Landwirtschaftlichen Ausstellung gab der deutsche Botschafter Graf Brodorff-Manhau seiner Anerkennung über die Ergebnisse des großangelegten Ausstellungshauses Ausdruck und erklärte, die weitgehende deutsche Teilnahme bezeuge den Willen Deutschlands, mit Russland gemeinsam an dem Wiederaufbau beider Länder mitzuwirken. Die deutsche Teilnahme habe auch politischen Sinn, da die richtige Auffassung der deutschen Wirtschaft von den russischen Verhältnissen zur Errichtung der Möglichkeit und der Notwendigkeit einer deutsch-russischen Arbeitsgemeinschaft beitragen werde.

### Aufstand in Sibirien.

Wie die sibirische Presse meldet, hat sich im Tomsker Gouvernement eine neue Abteilung von Aufständischen gezeigt, deren Führer sich als Großfürst Michael Alexandrowitsch ausgibt. Die Abteilung führt hartnäckige Kämpfe mit den Bolschewisten.

## Deutsches Reich.

### Teuerungsindex für Juni.

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltung ist nach dem statistischen Reichsamt von 381fachen der Friedensloft im Mai auf 7650fache im Juni (Durchschnitt) gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt also 100,5 Prozent. Die Erhöhung der Indexziffer ohne Bekleidung beträgt gegenüber Mai 98,2 Prozent, die für Ernährung allein 102,3 Prozent, für Bekleidung allein 109,6 Prozent. Diese Durchschnittszahlen sind jedoch in den letzten Junitagen bereits wesentlich überholt. Am 20. Juni war die Gesamtindexziffer auf 9272 gestiegen, am 27. Juni bereits auf 11 780.

### Aus aller Welt.

Der Vizepräsident der italienischen Kammer seiner Bewunderung erlegen, Pietro Pallo, der Vizepräsident der Kammer, verstarb an der Verwundung, die er am 28. Juni beim Attentat, das auf ihn verübt wurde, erhielt.

Der Mörder des tschechischen Ministers Naschin, Naef Soupal, ist in Prag zu 18 Jahren Kerker verurteilt worden.



692

Am Mittwoch, mittags 1 Uhr starb plötzlich und unerwartet an Herzschwäche mein lieber Mann, unser guter Vater, mein guter Sohn, Schwager und Onkel, der Bäckermeister

### Otto Zerbst

im 56. Lebensjahr.

Um stilles Beileid bitten

die liebestrüten Hinterbliebenen.

Posen, den 6. Juni 1923

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nach 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paulifirhofs (Koszary tenu) aus statt.

## Einladung zur Gründung einer Wollwäscherei in Toruń.

In Ausführung der Beschlüsse, die anlässlich der Generalversammlung des Pommerellischen Schäfererverbandes und der Landesversammlung der Schafzüchter gesetzt worden sind, werden die Herren Schafzüchter und Schäferbesitzer, sowie sonstige Interessenten zu der am 12. Juli d. J., vormittags 10 Uhr, im Saale des Artushof (Dwor Artusa) in Toruń stattfindenden

### Gründungs-Versammlung

der geplanten Wollwäscherei ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

- Eröffnung der Versammlung durch den Präsidenten der Pomorska Izba Rolnicza.
- Bericht des Organisationskomitees.
- Diskussion und Anträge.
- Rechnung von Geschäftsanteilen.
- Wahlen.

1938

Der Präsident  
der Pomorska Izba Rolnicza.  
(—) Dr. Esden-Tempski.

## Wer sein Gut?

Landwirtschaft

1935

schnell und gut verkaufen will, wende sich an

Buschke, Poznań, ul. 27 Grudnia 12.

Deutscher Landwirt, polnischer Staatsbürger, sucht

## Gut von ca. 1500 Mrg.

mit oder ohne eisernem Inventar zu pachten. — Angebote unter G. 7940 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

## Sägewerke oder Mahlmühle

sofort zu kaufen gesucht. Off. mit Angabe des höchsten Preises an „Par“, 27. Grudnia 18, Nr. 59307.

## Neu-Anlage sowie Umgestaltung von Park- und Gartenanlagen jeder Art.

O. Thon, Poznań, Głogowska 109.

## Kaufe Pianinos

und zahle die höchsten Preise.

Offerten mit Preisangabe unter G. 2751 an Wielkopolska Agencja Reklamy, Poznań, sw. Marcin 40.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

### Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichnete bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)  
für den Monat Juli 1923

Name .....

Wohnort .....

Postansatz .....

Strasse .....

Bis Sonntag einschl.

Teatr Pałacowy  
Plac Wolności 6.

Bis Sonntag einschl.

## Die Rückkehr des Odysseus.

Allgemeines Interesse erweckendes unblutiges sensationelles Abenteuerdrama in 6 Akten.

In der Hauptrolle Luciano Albertini und seine unvergleichliche Partnerin.

Achtung!  
12 Akte!

Kino Colosseum  
sw. Marcin 65.

Achtung!  
12 Akte!

Achtung! — Nur 5 Tage! — Da wir die verehrten Besucher nicht ungeduldig machen wollen in der Erwartung des Endes unseres allentzückenden sensationellen Abenteuerdramas:

„Die Jagd nach dem Tode“ haben wir uns entschlossen, vom 6. bis 10. Juli einschließlich beide Serien zugleich vorzuführen.

Achtung! Täglich nur 2 Vorstellungen. Beginn der ersten um 4 Uhr. Beginn der zweiten um 7 Uhr.

Achtung! 2 Serien zugleich!

## Aus Stadt und Land.

Posen, den 6. Juli.

## Woher es kam.

Schluss, der Sommer ist endlich da. Über es scheint wenigstens so, als wenn er da wäre. Tats doch das Barometer auf "Schön Wetter" gestiegen, und die Wetterfahnen geben sich Ruhe, nach Osten herumwirken. Viele sind anscheinend eingeroistet und haben in den mehr als sieben Wochen Westwindzeit das Tonnen verlernt.

Was ist nun eigentlich dieses tolle Frühjahrswetter, das uns unsern herbergejährt Frühling zunächst gemacht hat, hergeholt? Natürlich aus dem Westen, aber aus einem sehr fernen Westen, das sagt uns schon die Heftigkeit und Stärke des anhaltend gleichbleibenden Windes. Möglicherweise kommt es daran, dass der bekannte Wetterlüftschlag der gestrigen Herren im Mai aus Grönland stammt. Unter den Strahlen der Frühlingssonne schwimmen teilweise die dortigen Gletscher, die bis ins Meer hineinreichen und "laufen", das heißt sie brechen ab, und die manchmal Kilometerlangen Bruchstücke treiben mit der Meeresströmung südwärts, bis sie in der Nähe von Neufundland dem nordwärts drängenden warmen Golfstrom begegnen und sich nun ganz in Wasser entloren. Die Verdriftung des kalten und warmen Wassers erzeugt durch Verdunstung Nebel, die als ausgedehnte Nebelmände eine Gefahr für die Schifffahrt bilden. Aus diesen Nebeln werden Wölfe, die den Golfstrom nordostwärts bis zur Nordsee begleiten und dann mit Westwinden Mitteleuropa zueilen, einmal in südöstlicher Richtung bis zu dem regengangenen Südenwall, das andere Mal mehr nordwärts nach der Ostsee zu. Posen, zwischen diesen beiden Windbahnen gelegen, befand sonst verhältnismäßig wenig von dem Segen der Westwinde und war deshalb eher die regennärrige Großstadt des Deutschen Reiches. Nur das Gebiet vor Thorn hat nach Jahrzehntelanger Beobachtung noch etwas weniger Regen.

Und nun mit einem Male ein Jahr mit mehr als fünfzig-tägiger Regenzeit im Mai und Juni! Wie soll man sich das erklären? Vermöglich ist der Hergang bei der Wind- und Wollentwicklung nicht viel anders gewesen; aber die erzeugende Kraft, die Eismenge, war unvergleichlich stärker. Man darf annehmen, dass das ganze Eismeer gegen den Golfstrom im Anmarsch war. Aus zahlreichen Berichten unserer führenden Nordpolforscher wissen wir, dass die Eisverteilung im nördlichen Eismeer außordentlich schwankend ist. Wo in einem Jahre auf Hunderte von Kilometern freie Fahrt und kaum eine Eisfläche zu sehen ist, findet man im nächsten Jahre eine Eisspaltung, die zu durchbrechen selbst die angestrengtesten Bemühungen während eines ganzen Polarommers nicht ausreichen. Sicher die Ursache dieser Verschiedenheit weiß man noch nichts. Für die ganz besondere Eigenart des soeben erlebten Wetters wird man vielleicht den Urheber in sehr weiter Ferne suchen müssen. Es wäre durchaus nicht unwissenschaftlich, anzunehmen, dass die durch das große Erd- und Seebene vor der atlantischen Küste erzeugte außordentlich grobe Kühle sich auf alle anderen Meere übertragen, schließlich auch das nördliche Eismeer erreicht und hier das gesamte Eis aus seinen Uferverbindungen losgerissen hat, so dass es sich in Bewegung setzen konnte. Die atlantische Strömung, die zu beiden Seiten von Grönland eine südl. Richtung hat, kann das Eis bis gegen Neufundland geführt, wo es verdunstet, Nebelwölfe bilden müsste.

Sicher sei noch eine allgemeine Frage gestreift: Seit wann erfreut sich Mitteleuropa des Golfstroms? Nun, ein Blick in eine Karte der Meerestiefen belehrt uns, dass zwischen Schottland und Irland ein unterseeisches Gebirge besteht. Es zeigt 200 Meter Tiefe zwischen 2000 Metern rechts und links. Man stelle sich vor, dass dieses unterseeische Gebirge einstmals eine Landverbindung oder wenigstens eine dicke Inselkette war, dann sperrte diese dem Golfstrom den Weg gen Skandinavien, und er wurde westwärts abgelenkt nach Grönland zu. Damit war Grönland sicher ein grünes Land, Nord- und Mitteleuropa hatten eine Eisbedeckung, deren Spuren uns die geologische Periode der letzten europäischen Eiszeit erkennen lässt. —

Hoffentlich bleibt es jetzt schön! Allerdings haben wir noch mit innenländischen Wollenbildung zu rechnen. Die über Mitteleuropa niedergegangene allzu reichliche Feuchtigkeit, die vom Boden nicht aufgenommen werden konnte, muss ja auch noch verdunsten.

C.

## Lohnabelle für den Monat Juni 1923.

Durchschnittlicher Roggenpreis festgestellt durch die Ministerialkommission in Warschau vom 1. bis 20. Juni 1923 per 50 kg 67 917,50 Mark.

| I. Rezniak                           | Bahnhof von Monat Juni: |
|--------------------------------------|-------------------------|
| 7 Btr. Roggen p. Jahr                | 59619 M.                |
| II. Bäcker, Bierbäcker u. Feldbäcker |                         |
| 8 Btr. Roggen p. Jahr                | 45278 -                 |
| III. Bierbäcker                      |                         |
| 9 Btr. Roggen p. Jahr                | 50938 -                 |
| IV. Bäcker und Käfner                |                         |
| 10 Btr. Roggen p. Jahr               | 56598 -                 |
| V. Handwerker                        |                         |
| 12 Btr. Roggen p. Jahr               | 57917 -                 |
| <b>für Frauen:</b>                   |                         |
| a) Rezniak                           |                         |
| 8 Btr. Roggen p. Jahr                | 45278 -                 |
| b) Bäcker, Feldbäcker u. Bierbäcker  |                         |
| 9 Btr. Roggen p. Jahr                | 50938 -                 |
| c) Bierbäcker                        |                         |
| 10 Btr. Roggen p. Jahr               | 56598 -                 |
| d) Bäcker und Käfner                 |                         |
| 10 Btr. Roggen p. Jahr               | 56598 -                 |
| e) Handwerker                        |                         |
| 12 Btr. Roggen p. Jahr               | 57917 -                 |
| VI. Händler                          |                         |
| 12 Btr. Roggen p. Tag                | 8150 M.                 |
| VII. Scharwerker                     |                         |
| Rat. I. 3 Pf. Roggen p. Tag          | 2088 -                  |
| II. 5 " "                            | 3396 -                  |
| III. 7½ " "                          | 5004 -                  |
| IV. 12 " "                           | 8150 -                  |
| VIII. Frauen                         |                         |
| 1 Pf. p. Stunde                      | 679 M.                  |

Posen, den 2. Juli 1923.

Zjednoscia Przedsiębiorów Rolnych: **Nebelgesetzverband**  
Radomyski.  
Zjednoscia Zawodowa Pielgrzymek: **Die Deutsche Gewerkschaften**  
Zjednoscia Zawodowa Lek. Rol. Rz. P.: **in Preußisch-Polen.**  
Porszynski.

## Die Beiträge und die Renten der Privatbeamtenversicherung.

Auf Grund einer Verfügung des Ministers für Arbeit und Justiz für Güter vom 20. März d. J. und der Verfügung des Präfekturats vom 14. Juni beitragen die Monatsbeiträge zur Versicherung der Privatbeamten einschl. des Provinzialen zu folgenden Beträgen an: Güteramt der Landwirtschaftskommission 1. April ab bei einem Jahresbeitragsbetrag von 2000 M. (Klasse A) 4922 M., bzw. 750 000 bis 1.000 000 M. (Klasse B) 6825 M., bzw. 1.250 000 bis 1.750 000 M. (Klasse C) 10 000 000 M. von 1.750 000 bis 2.250 000 M. (Klasse D) 14 170 M. bis 2.250 000

bis 3 000 000 M. (Klasse E) 18 875 M., bzw. 3 000 000 bis 3 750 000 M. (Klasse F) 23 625 M., bzw. 3 750 000 bis 4 500 000 M. (Klasse G) 28 875 M., bzw. 4 500 000 bis 5 500 000 M. (Klasse H) 34 125 M., bzw. 5 500 000 M. aufwärts (Klasse J) 42 000 M. Für die Versicherer, deren Beschäftigung beim Arbeitgeber kürzer als zwei Wochen dauert, ist die Hälfte der Beiträge zu entrichten, während für diejenigen, die mehr als zwei Wochen arbeiten, der volle Monatsbeitrag zu zahlen ist. Der Monatsbeitrag für die Zeit bis zum 1. April beträgt 26,60 M. Die Anerkennungsgebühr beträgt 3000 M. jährlich. Die im bisherigen Gesetz vorgesehenen Geldstrafen sind tausendfach erhöht worden. Die Versicherungsbeiträge werden von den Arbeitgebern und den Versicherern zur Hälfte geleistet.

Die Personen, die zum Empfang von Privatbeamtenversicherungsrenten berechtigt sind, erhalten vom 1. April ab monatlich folgende Leuerungszuschläge: a) Invaliden und Alte 80 000 M., Witwen und Witwer 40 000 M., Vollwaisen 40 000 M., Halbwaisen 20 000 M. Die Summe der Leuerungszuschläge für Verbliebene darf nicht 80 000 M. übersteigen. Leuerungszuschläge können nicht diejenigen Personen empfangen, die schon Leuerungszuschläge zu den auf Grund des deutschen Reichsversicherungsordnung zuerkannten Renten erhalten. Nach dem Gesetz vom 22. September 1922, das einige Bestimmungen des bisher geltenden Gesetzes über die Privatbeamtenversicherung ändert, sind zur Versicherung alle Privatbeamte verpflichtet, unabhängig von der Höhe ihres Jahresdienstes. Zu den Kategorien der Privatbeamten, die der Versicherungspflicht unterliegen, werden gerechnet: Funktionäre, die in Staats- und Selbstverwaltungsämtern arbeiten und kein Pensionatrecht besitzen, Beamtenbüro-, Apotheker- und Bankbeamten, Wirtschaftsbeamte, Bremixer, Förster, Wirtschaftsbeamte, private oder nicht stabilisierte Werkmeister, Lehrer und Lehrerinnen, Organisten, Schauspieler, Opernmitglieder usw. Die Versicherungspflicht beginnt beim vollendeten 16. Lebensjahr. Arbeitgeber, die ihre Angestellten zur Beamtenversicherung nicht angemeldet haben, müssen es unverzüglich nachholen. Anmeldungen und nach obiger Tabelle berechnete Beiträge sind an die Landesversicherungsanstalt in Posen zu schicken.

## Die zuverlässige Berichterstattung.

Der "Kurier Poznański" lädt sich in Nr. 142 auf Wielun (fr. Zilehne) berichten, dass die Schließung der deutschen Privatrealsschule seitens des Kuratoriums in Posen mit allgemeiner Freude begrüßt wird, denn die Ansicht an der Grenze sei eine wahre Schmiede des Nationalismus gewesen. Das gerade Ereignis ist der Fall. Nicht eine allgemeine Freude herrscht in der Stadt, sondern Unzufriedenheit. Eine Petition von 26 polnischen Geschäftsmännern tritt mit warmen Worten für die Erhaltung der Schule ein. 2 Herren polnischer Nationalität unterrichteten an ihr, der Unterricht in Polnisch ging noch über die Vorlesung hinaus. 5 Kinder polnischer Eltern besuchten sie mit besonderer Erlaubnis des Kuratoriums; 15 Pensionäre waren in 4 polnischen Familien untergebracht. Die Lehrkräfte gaben ihre freie Zeit hin, um einer Anzahl polnischer Kinder auf Bitten der Eltern Privatunterricht zu erteilen. Die Schule brachte der Stadt großen wirtschaftlichen und geistigen Nutzen. Sie war eine Stätte wahren Geistes- und Herzensbildung für die Jugend beider Nationalitäten zum Wohle des polnischen Staates. Gegen die Schließung ist beim Unterrichtsminister Einspruch erhoben worden.

X Das Leuerungsthermometer steigt fastig weiter. Man schreibt uns: Seit heute lassen sich die Bäckereien infolge des Steigens des Roggen- und Weizenpreises für ein Dreipunktbrot, das vor Wochenfrist noch 4500 M. kostete, 6900-7500 M. begaffen. Dabei ist es ein schwacher Trost, dass für die nächste Zeit mit einem Fallen der Getreidepreise zu rechnen sein wird. Denn das jeweilige Brot wird ja dann doch immer aus dem teureren Mehl hergestellt sein. Der Milchpreis ist seit gestern von 1700 M. auf 2000 M. für das Liter in die Höhe gegangen. Der Bremener alte Kartoffel kostete auf den letzten Wochenmärkten bereits 30 000 M. Und nun vergleiche man mit diesen Preissteigerungen, deren Aufzählung sich auf allen Gebieten mit Leichtigkeit ins Ungemeine fortsetzen ließe, die Einnahmen eines Arbeiters, Beamten, Angestellten u. dgl., um sich sofort den schreienden Missstand zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Gegenwart zu vergegenwärtigen.

# Die Anzeigenpreise fast aller Blätter in Polen und auch in Deutschland haben in diesen Tagen der letzten gewaltigen Geldentwertung weiterhin angezogen. Interessant ist ein Vergleich zwischen den führenden Blättern der Hauptstädte und einigen großen Zeitungen der beiden Nachbarländer. In Warschau berechnet der "Kurier Warszawski" für einen Millimeter Raum 1200 M., die "Rzeczpospolita" 900 M. Das "Berliner Tageblatt" dagegen verlangt für die Nonpareillezeile 12 000 M. Nun entsprechen zehn Nonpareillezeilen 21 Millimeter Höhe, mit anderen Worten kostet also ein 21 Millimeter hohes Blatt in Warschau 25 500 bzw. 18 900 M., im "Berliner Tageblatt" dagegen 120 000 M., also fünf- bis sechsmal so viel! Andere Warschauer Zeitungen berechnen pro Millimeter 900 M. ("Robotnik"), zum Teil auch nur 700 M. ("Kurier Poznański", "Das Freie Polen"). Provinzzeitungen meistens 500 M. Während in Krakau, Lublin, Wilna, um nur einige Namen zu nennen, über diesen Durchschnittspreis von 500 M. für das Millimeter hinausgegangen wird, bleiben andere Blätter dahinter zurück. In Deutschland ist die Millimeterberechnung noch nicht so allgemein eingeführt wie hier in Polen, man rechnet dort meistenteils noch nach Zeilen. Die "Deutsche Tageszeitung" berechnet 2500 M., dagegen die "Frankfurter Zeitung" (Main), das "Hamburger Fremdenblatt", die "Kölner Zeitung", die "Münchener Neueste Nachrichten" u. a. für die Zeile. Auch unter Berücksichtigung des ungleich ungünstigeren Dollarstandes in Deutschland ist das Inserieren in Polen erheblich billiger.

# Erste Erhöhung der Tabakpreise. Die Kleinhandelspreise für Tabak und Rauchwaren sind durch Verordnung des Finanzministers vom 27. Juni abwechselnd kräftig erhöht worden. Sie betragen für Zigarren aus den Staatsfabriken 1100-1450 M. das Stück, für Zigaretten 210-700 M. das Stück, für Zigarettenstab 240 000-860 000 M. das Stück, für Zigaretten und für Zigarettenstab 104 000-144 000 M. das Kilogramm. Für die Waren aus Privatfabriken gelten folgende Preise: Zigaretten 260-670 M., Zigarettenstab 1640-5400 M. das Stück, Tabak 104 000-800 000 M. das Kilogramm.

X Eine Warnung an die Landwirte. Die Wielkopolska Stacja doświadczalna (Landwirtschaftliche Versuchsstation Breslau) veröffentlicht folgende Warnung: Nach erhaltenen Nachrichten hat ein hiesiger Landwirt auf der Güterabfertigung in Moryńroth während einer Versteigerung mestbietend einen Waggons Thomasmehl = 12 600 Kilogramm gelauft. Für diesen Waggons zahlte er die Summe von 5 200 000 M. polnisch. Eine von diesem Waggons entnommene Probe wurde in einem Versuchslaboratorium untersucht und besaß nach dieser Untersuchung nur einen Gehalt von 1,7 Prozent Phosphorsäure. Nach dieser Analyse liegt hier eine große Fälschung vor. Der Landwirt, der gläubige Besitzer dieser Ware, zahlte Millionen für eine fast wertlose Ware, die ihm keinen Nutzen bringen wird. Wir raten daher zum wiederholten Male den Landwirten, ihre Düngemittel nicht anders als auf Garantie, die ihm der Produzent oder der Vermittler zu geben hat, zu kaufen. Die geringen Untersuchungskosten für die Bestätigung der Garantie in einem Kontroll-Laboratorium soll er nicht scheuen, da sie häufig wie in diesem Falle, vor einem riesigen Verlust bewahren werden.

# Postfreiheit. Das Kreisgericht in Posen hat laut Verfügung des Ministers Postfreiheit ab 1. Juli d. J. erhalten; es selbst braucht Briefsendungen, gewöhnliche wie eingeschriebene, nicht mehr zu bezahlen. Briefe an das Amtsgericht aus dem Reichskreis

müssen, sofern sie nicht im Amtsgerichtskasten niedergelegt werden, selbstverständlich freigemacht werden.

# Die neue Streichholzsteuer. Die Schachtel Streichhölzer, die bisher 80 M. Steuer kostete, wird jetzt mit einer Steuer von 120 M. beladen, so dass die Streichhölzer abwechselnd teurer werden.

# Zur Gründung einer Wollwäsche in Thorn erläutert die Pommerellische Landwirtschaftskammer im heutigen Anzeigenblatt eine Einladung, auf die wir besonders aufmerksam machen.

# Erleichterte Ausreise nach Amerika in Sonderfällen. Das amerikanische Konsulat in Warschau hat, wie die "Gaz. Warsz." mitteilt, erleichterte Bestimmungen für diejenigen Ausländer getroffen, die in den letzten Jahren besonders Schwierigkeiten durchgemacht haben. Diese Personen erhalten nämlich Sichtbriefmerke zur Ausreise nach Amerika, die zur möglichst baldigen Übersiedlung berechtigt. Alle anderen aber, die in der letzten Zeit von Schiffsüberschlägen verschont geblieben sind und ihr gutes Auskommen haben, müssen hinter den Erwähnten zurücktreten.

# Deutsche Bücherei. Die Deutsche Bücherei bittet uns, mitzuteilen, dass ein neuer Zeitschriftenzirkel für die Stadt Posen eingerichtet worden ist, zu dem sich noch Teilnehmer melden können.

# Der deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt Sonntag, 8. Juli d. J., einen Familienausflug in die Wälder von Krzemianies. Abfahrt nach Bromberg vom Posener Hauptbahnhof 10 Uhr vorm. Rückkehr in Posen 8.08 Uhr abends. Bei der kurzen Wegstrecke (12 Km.) und der landschaftlich besonders schönen Wanderung kann Damen die Teilnahme empfohlen werden. Verpflegung mitzunehmen. Gäste willkommen.

# Kunst. Der jetzt im "Kino Colosseum" vorgeführte Film "Die Jagd nach dem Löwe" spielt im malerischen Indien und dem geheimnisvollen Tibet. In der Hauptrolle tritt B. Götz auf, der vom "Indischen Grabmal" her bekannt ist. Beide Seiten werden zugleich vorgeführt.

X Ein unehlicher Finder. Am 23. v. M. hatte eine Frau einen Gespäckkoffer über ihr auf dem Hauptbahnhofe lagern lassen. Der Koffer, ein Arbeitsloher, konnte diesmal auf das Prädikat "ehrlich" keinen Anspruch erheben, denn er löste den Gespäckkoffer ein und behielt das Gespäck für sich. Die Polizei kam ihm aber doch auf die Spur und beschlagnahmte bei ihm mehrere der unterschlagenen Sachen u. a. eine Messinglampe u. v. Die rechtmäßige Eigentümerin kann sich bei der Posener Kriminalpolizei, Abteilung 2 melden.

X Das gesetzte Gastspiel. Posener Ladenbesitzer pflegen es und zu einem, wenn sie in Posen alles abgegrast haben oder auch wenn ihnen das hiesige Pfaster zu heiß wird, nach außerhalb zu reisen, um dort ihre Gastrollen zu geben. So wurden dieser Tage zwei Posener Spezialitäten in Bromberg auf frischer Tat ertappt. Im Verfolg dieser Tatsache wurden in ihren hiesigen Wohnungen polizeiliche Durchsuchungen abgehalten. Dabei wurden in der einen Wohnung verschiedene Sachen vorgefunden und beschlagnahmt, die vermutlich auch irgendwo gehoben worden sind. Es handelt sich um 17 neue Teppichstücke, drei Stücke Tapetenwand, 4 Meter Spulen, drei Bettläden, vier Bettbezüge und zwei Herrenfragen. Die Sachen können bei der Abteilung 2 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

X Ein Opfer der Wartthe. Kaum hat die Vadegelt begonnen, so fordert die Wartthe unter den Badenden ihre Opfer. So ertrank gestern beim Baden in der früher Seidlerschen Badeanstalt der 19-jährige Sohn Waldemar aus Sublaw verlust, die ihrem auf der Strecke bei Dunau beschäftigten Vater das Mittagessen brachte. Der Vater wird als ein anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann in abgedunkelter Militäruniform mit vierzigjähriger Soldatenbüste geschildert, dessen Verfolgung sofort aufgenommen worden ist.

\* Dirschau, 5. Juli. Ein schändliches Verbrechen wurde von einem gemeinen Burschen an der 18-jährigen Tochter eines Eisenbahnarbeiters aus Sublaw verübt, die ihrem auf der Strecke bei Dunau beschäftigten Vater das Mittagessen brachte. Der Vater wird als ein anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann in abgedunkelter Militäruniform mit vierzigjähriger Soldatenbüste geschildert, dessen Verfolgung sofort aufgenommen wird.

\* Kratoschin, 4. Juli. Der geistige Raum am 1. Juli war, da der Freitagnmarkt des Peter-Paul-Feiertages wegen ausgefallen war, gut besucht und besucht. Leider machte der niedergehende Regen am Vormittag dem starken Kaufkreis etwas Abbruch. Am Mittag und Nachmittag wurde an den Stoff-, Schuh-, Kürz- und Fleischerlädchen regelhaft gekauft, doch wurden größere Verkäufe infolge der teuren Preise im allgemeinen nicht getät

statt, die einwandfrei verlief. Es war indessen bemerkt worden, daß kurz zuvor jemand ein Päckchen im Freien versteckt hatte. Der inzwischen schon auf der Weichsel befindliche Kahn wurde daraufhin zurückgerufen, und die Insassen gefragt, wem das bald aufgefundene Paket gehören; dies enthielt 35 Millionen Mark. Niemand wollte sich als Eigentümer des Geldes bekennen, das nunmehr beschlagnahmt wurde. Die Untersuchung durch die hiesige Polizeibörde hat inzwischen noch keine Beweise für einen bestimmten Täter liefern können und die betreffende Person wird es anscheinend vorziehen, lieber den Verlust eines Vermögens von 35 Millionen zu tragen, als eine Strafe von vielleicht 5 Jahren Gefängnis neben 500 Millionen Mark Geldbuße anzutreten. Ein solcher Verlust des Geldschmuggels ist insofern unbegreiflich, als es bekanntlich gesetzliche Wege gibt, so hohe Summen, falls für bestimmte Zwecke erforderlich, über die Grenze zu nehmen. Erwähnenswert ist noch, daß im Monat Mai d. J. allein bei der Übergangsstelle Großnebra 38 größere Fälle von Grenzvergehen zur Anzeige gelangt und 21 000 Stück Zigaretten, Anzugs- und Kleider- sowie Seidenstoffe, 12 Paar Schuhe und Stiefel u. a. m. beschlagnahmt worden sind.

p. Nowitsch, 5. Juli. (Privattelegramm.) Heute mittag zwischen 12 bis 1 Uhr wurde hier in der Wohnung eines Herrn Oskar Reicher ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Gestohlen wurden Schmucksachen usw. im Werte von 30 Millionen Mark, und zwar drei Brillantringe, ein goldenes Kettenarmband, ein Browning Nr. 765 (Wolterpistole), ein Trauring gez. 4. 5. 12. C. O., eine silberne Handtasche, zwei goldene Ohrringe mit je zwei Brillanten und eine silberne Herrenuhr.

## Gingelandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die völkerrechtliche Verantwortung.

Nochmals: "Die neuen Mietsteigerungen."

Der Vorsitzender des Hausbesitzervereins in seiner zweiten Bekanntmachung (die bereitliegende Redaktion nennt es milde: "Einrichtung") ist nur ein taktisches Manöver im Hinblick auf den Staatsanwalt und kann und wird niemanden täuschen. Das "Referenzbuch" — spricht "Schwarze Liste" — besteht schon lange, das hat der Hausbesitzerverein bisher nur verschwiegen. Dass die meisten Hausbesitzer sich genau nach der in den ersten Bekanntmachung ausgesetzten Parole richten, beweisen die Quittungen. Wer von den Mietern die bisherige Miete zahlt und die neue Berechnung nicht anerkennt, dem wird nicht quittiert, wie bisher: "Miete für Juli", sondern na poczet, d. h. à conto. Kann die Absicht der Hausbesitzer deutlicher zum Ausdruck kommen? Die Hausbesitzer könnten sich aber auch täuschen. Seit Anfang dieses Jahres zahlte ich beispielsweise auf Grund eines vor dem Mietsseignungsamt aufgestandenen Vereinigmens den 360fachen Betrag des Preises von 1914. Mit der "Not" der Hausbesitzer hat es auch so seine eigene Bewandtnis. Mein Hausbesitzer zum Beispiel erstand das Grundstück vor drei Jahren für noch nicht eine halbe Million. In dieser Zeit hat er im oder am Hause nicht für einen Pfennig etwas machen lassen; nicht einmal hat er zum Winter die Fenster ausgeschmieren lassen. In dieser Zeit habe ich allein über die Hälfte des Kaufpreises an Miete gezahlt. Und der Mieter sind 20. Mein Besitzer hat also das Grundstück nicht nur völlig umsonst, sondern er hat auch noch mehrere Millionen als "reinen Verdienst" einstreichen können. B. S.

## Brieflasten der Schriftleitung.

(Anschriften werden unseren Lesern gegen Entsendung der Bezugsschaltung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit freiem Platz beilegt.)

Mehrere Mieter. Die vorbehaltlich ausgestellte Mietseignung „a Conto“ ist gesetzlich ebenso ungültig, wie die Drohung mit der "Schwarzen Liste" oder des Boykotts gegen die Mieter, die die neuen Mieten nach der Goldwährung so lange nicht zahlen wollen, bis sie durch das zu erwartende neue Mieterschutzgesetz dazu gezwungen werden.

W. in P. Sie müssen zur Vererbung Ihrer Wirtschaft die Genehmigung des Posener Landamts nachfragen.

B. in D. Wenden Sie sich an den Arbeitgeberverband in Poznań, ul. Stowackiego 8.

K. R. in B. 1. Dem Hauswirt steht nach den von Ihnen gemachten Angaben überhaupt nicht das Kündigungsrecht zu. Wir halten noch unserer Kenntnis der Dinge den Mietpreis von 120 000 M. für eine Wohnung, die vor dem Kriege 300 M. kostete, solange das neue Mieterschutzgesetz noch nicht in Kraft getreten ist, für angemessen. Da Ihre Familie aus 6 Personen besteht, haben Sie Anspruch auf die Bierzimmerwohnung, sofern es sich um erwachsene Personen (Kinder über 14 Jahre) handelt; daß Dienstmädchen zählt nicht mit. Der Hauswirt kann nicht verlangen, daß Sie von der Bierzimmerwohnung Räume abtreten. Wir raten Ihnen, die Miete dem Wirt durch die Post zu senden oder aber bei der Gerichtsstelle zu hinterlegen, zur Klärung der Verhältnisse aber das Mietsseignungsamt anzufragen. 2. Es kann Sie niemand daran hindern, Ihre Maschinen zu verkaufen.

## Handel und Wirtschaft.

### Wer darf Devisen erhalten?

■ Auf Grund einer Verordnung des Finanz- und Justizministers ist es den Devisenbanken gestattet, juridischen und Einzelpersonen Devisen ausschließlich zu nachstehenden Zwecken zu verkaufen:

a) zur Deckung von ausländischen Verpflichtungen, die aus einem gesetzlichen Warenverkehr hervorgehen. Die Beweisstücke, auf Grund deren der Verkauf der Valuten erfolgt, müssen der Bank im Original vorgelegt werden. Im Bedarfsfalle können diese Papiere von der Bank zurückgestellt werden, jedoch unter der Bedingung, daß sie mit einem Vermerk versehen werden, in dem die Summe der verkaufen Valuten angegeben ist, und daß sich die Bank eine beglaubigte Abschrift dieses Schriftstückes behalten darf;

b) zur Errichtung von Vorauszahlungen für auf geschäftigem Wege aus dem Auslande eingeführte Waren;

c) zur Deckung der Speditions- und Transportkosten sowie des im Auslande zu entrichtenden Zolls;

d) zur Abtragung von begründeten ausländischen Schulden, die sich besonders aus der Handelsfähigkeit ergeben;

e) zur Bezahlung von ausländischen Versicherungsprämien, sofern sie auf Grund von gesetzlichen Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen erhoben werden;

f) zur Deckung der Reisekosten bis zu einem Betrage von 1000 Schweizer Franken für die Person (Wermek im Auslande). Bei einer Reise nach Danzig beträgt diese Summe 110 Schweizer Franken. Im letzten Falle darf die Gesamtkost der gekauften Valuten im Laufe eines Monats 1000 Schweizer Franken nicht übersteigen;

g) zur Deckung der Unterhaltskosten von Personen, deren Aufenthalt im Auslande begründet ist, bis zu einem Betrage von 1000 Schweizer Franken monatlich für die Familie;

h) zum Unterhalt von Bürgern von inländischen Unternehmen im Auslande, sofern sie sich augenscheinlich nicht selbst erhalten können;

i) zu allen anderen wirtschaftlichen Zwecken, sofern sie begründet sind, und die Summe der Valuten nicht mehr als 1000 Schweizer Franken beträgt.

Zur Erlangung obiger Summen muß zuvor die Erlaubnis des Finanzministers bzw. der von ihm eingesetzten Organe eingeholt werden.

### Von den Banken.

Δ Von der Posener Devisenkommision. Am Mittwoch fand die erste Sitzung der Posener Devisenkommision statt. Der Kommission gehörten an: Von Seiten der Regierung der Direktor der polnischen Handelskasse Wardeja, dessen Vertreter Dr. Lipiec und folgende Vertreter von Bank- und Handelsindustriekreisen: Dr. Bajotski, Dr. Bernaczynski, Dr. Adamczewski, Dr. Lipiec, Dr. Stoeckl, Dr. Maciejewski, Kratzschwil, Skuynicki.

Δ Die Wiener Unionbank in Polen. Der Wiener Großspekulanten Bozel, bekanntlich jetzt Präsident der Unionbank, hat bereits seit einiger Zeit mit der polnischen Regierung die Erweiterung seiner finanziellen Interessenphäre auf Polen besprochen und angeblich zustimmende Erklärungen erhalten. Nunmehr verlautet von einer Bozel nahelebenden Seite, daß die Unionbank in Wien im Verein mit einer polnischen Finanzgruppe bereits die Konzession zur Errichtung einer Aktienbank unter der Firma "Unionbank in Polen" erhalten hat. Das Aktienkapital wird eine Milliarde poln. Mark betragen. Die neue Bank übernimmt die Filiale der Wiener Unionbank in Breslau und wird außerdem in Warschau, Drohobycz, Krakau und Laitowiz Niederlassungen errichten. Die neue polnische Bank wird im Laufe des August ihre Tätigkeit aufnehmen.

### Handel.

Δ Als Umrechnungskurse für die Berechnung der deutschen Ausfuhrabgabe haben für die Zeit vom 4. bis 10. Juli zu gelten: Polen 1.20, Lettland 496, Estland 378.

Δ Erhöhung der Margarinepreise. Die führenden deutschen Margarinefabriken haben die Preise weiter erhöht. Die billigste Sorte kostet jetzt 18 000 M. je Pfund.

### Industrie.

Δ Hartwig Kantorowicz A.-G. in Berlin, die bekannte Ölfirmen, beginnend am 2. Juli ihr hundertjähriges Jubiläum. Diese Feier ist um so denkwürdiger, als das Unternehmen durch vier Generationen hindurch — seit seinem Bestehen bis auf den heutigen Tag — im Besitz eines und derselben Firma geblieben ist. Das vom Urgroßvater des jetzigen Generaldirektors schon im Jahre 1822 zu Posen begründete Unternehmen trug vom Jahre 1825 den Namen Hartwig Kantorowicz und wurde im Jahre 1907 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwangen im Jahre 1920 zum Verkauf des Posener Unternehmens und zu dessen Verlegung nach Berlin, wo jetzt nach kurzer, aber außerordentlich intensiver Neuentwicklung zwei moderne Fabriken unterhalten werden. Bekanntlich besteht das Stammbau in Polen noch unter dem alten Namen weiter, wenngleich die Betriebe in Berlin und Posen in keinerlei Beziehung zueinander stehen.

Δ Die chemische Industrie in Polen. Nach einer Zusammenstellung vom 1. März gibt es jetzt in Polen 125 Fabriken chemischer Produkte, die 12210 Arbeiter beschäftigen. Die chemische Industrie hat sich jedoch nicht voll entwickeln können. Man sucht die Ursache zum größten Teil darin, daß die Eintritt chemischer Produkte nicht genügend erschwert wird, so daß die ausländische Konkurrenz vorherrscht. Außerdem fehlt es an Kapital. Gegen eine Erhöhung der Einfuhr haben sich besonders die landwirtschaftlichen Gesellschaften, die Stickstoffdüngemittel gebrauchen, ausgeworfen, da dadurch eine intensive landwirtschaftliche Produktion unmöglich gemacht würde. Am stärksten entwickelt hat sich die Strelitzindustrie, und zwar deswegen, weil die Ausfuhr von Epenholz verboten wurde. 15 Fabriken arbeiten mit 4000 Arbeitern, 8 davon in 2 Schichten.

Δ Die Eisenverarbeitung der ostoberschlesischen Industrie. Die ostoberschlesischen Hüttenwerke sind nach ihrer Abwendung von Deutschland ebenso wie früher in ersten Linie auf den Bezug schwedischer Erze angewiesen. Sie haben laut "Industrie-Kurier" in den letzten Monaten besonders günstige Gelegenheit erhalten, sich auf lange hinaus mit schwedischen Erzen einzudecken. Einmal veranlaßte der Rückgang des Absatzes dieser Erze nach dem Ruhrgebiet eine Herabsetzung der Grubepreise, dazu kam vorübergehend ein verhältnismäßig günstiger Stand der Polenmark. Die Grubentransporte laufen wie früher immer noch auf dem Wasserwege über Stettin die Oder aufwärts. Es, besteht auf polnischer Seite wohl der Wunsch, die Transporte über Danzig durch Polen zu lenken. Dies hat sich jedoch infolge der Schwierigkeiten, die sich bei dem Umladen in Danzig und dem langen Bahntransport durch Polen ergeben, nicht ausführen lassen. Auch über den Bezug russischer Erze ist verhandelt worden. In der Zeit zwischen 1900 und 1910 haben die russischen Grubenzüge (Nikolajewka aus Südrussland) die Lieferungen aus Schweden zum Teil an Menge sogar übertragen. Die neuerdings mit Russland geschlossenen Verhandlungen bezogen sich auf das Erzgebiet von Eribolj Mog am unteren Onjew. Der Bergbau in diesem Gebiet, der infolge der Wirren in Russland völlig eingestellt war, ist seit 1920 wieder in Gang gekommen. In den Monaten von Januar bis September 1922 waren 5,4 Millionen Bud gefördert worden. Das sind freilich erst rund 90 000 Tonnen. Außerdem sollen aber noch erheblich größere abtransportierbare Eisenvorräte bereit liegen. Es haben auch bereits Ausfuhren dieser Erze und ebenso Ausfuhren von Manganoerzen von Nikolopol aus demselben Gebiet stattgefunden. Über einen Bezug von Erzen für die ostoberschlesische Industrie konnte man jedoch infolge der von russischer Seite allzu hochgestellten Preisforderungen noch zu keiner Verständigung gelangen. Eher kommt noch Südlawien als Erzlieferant in Frage. In dem früheren bosnischen Gebiet werden Roteisenminerale mit 60 bis 70 Prozent Eisengehalt sowie auch Braunesenerze gewonnen. Es sind bereits Erze von dort begangen und in Ostoberschlesien verarbeitet worden. Das Ergebnis dieser Versuche war durchaus erfreulich. Zu regelmäßigen Bezeugen hat es jedoch bisher nicht kommen können, weil die verwickelten und schwankenden Tarif- und Valutaverhältnisse, die bei Eisenbahntransporten von Südlawien nach Ostoberschlesien zu berücksichtigen sind, die Kalkulation sehr erschweren.

Δ Stinnes und die Alpine Montangesellschaft. Das "Neue Wiener Journal" meldet, die Stinnes-Gruppe habe die Absicht, sich ihres Besitzes an Alpine-Alten zu entledigen, die Majorität der Alpinen Montangesellschaft befindet sich nach der letzten Kapitalerhöhung nur im Besitz von Castiglione und der Esromtegesellschaft, da die Stinnes-Gruppe infolge Verbots der österreichischen Regierung an der Kapitalerhöhung nicht teilnehmen konnte. — Wir geben diese Meldung mit allem Vorbehalt wieder.

### Wirtschaft.

Δ Das polnisch-oberösterreichische Kohlenkontingent für die Schweiz. Nach dem neuesten Nebenkommen zwischen Polen und der Schweiz werden aus Polnisch-Oberschlesien in den kommenden Herbst- und Wintermonaten mindestens 20 000 Tonnen Kohlen monatlich in die Schweiz versandt werden. Bisher betrug der monatliche Versand aus Österreich in die Schweiz im Durchschnitt 12 bis 15 000 Tonnen.

Δ Begünstigung polnischer Waren in Jugoslawien. Die jugoslawische Regierung hat, laut "Nova Reforma", eine Verordnung erlassen, nach der auf die polnischen Waren ein Minimalzolltarif zur Anwendung kommen soll.

Δ Verbot der Häuteausfuhr. Nach der Verordnung, die das Ausfuhrverbot gewisser polnischer Waren betrifft, sind verboten auszuführen: Stiere, Pferde, Kalb- und Schafleder, roh und verarbeitet, sowie Hasen- und Kaninchenseile.

### Subskriptionstermine.

7. Juli. Budowy Parowozów S. A. in Warschau. (V. Emision 200 000 Stück zu 500 M. nom.) 2 neue auf 1 alte zum Preise von 1100 M. (M. B. 127).

8. Juli. Elektrownia Okregowa na Sanie S. A. (II. Emision 1 000 000 Stück zu 1000 M. 2 junge auf 1 alte zu 1100 M. (M. B. 127).

10. Juli. "Olkusz" Emaillesfabrik S. A. in Olkusz (III. Em. 252 000 Stück 65 v. h. im. und 85 v. h. ol. zu 1000 M. nom.)

zwei junge auf 1 alte zum Preise von 8000 M. für die erste und 12 000 M. für die zweite. (M. B. 125).

Industria S. A. in Warschau (II. Em. 25 000 Stück zu 1000 M.) 1 junge auf eine alte zum Em. Preise von 1200 M. (M. B. 127).

Fr. Mariens u. Ab. Daab in Warschau (II. Em. 320 000 Stück zu 1000 M. nom.) 1 neue auf eine alte zum Preise von 1100 M. (M. B. 109).

11. Juli. "Mała Szczegorza" S. A. (III. Em. 42 000 Stück zu 1000 M. nom.) 7 neue auf 3 alte zu 1150 M. (M. B. 127).

Two. dla Handl. Apt. i Perfum in Wilna (V. Em. 48 500 M. zu 2160 M. nom.) 32½ junge auf eine alte zum Em. Preis vor 3600 M. (M. B. 129).

### Geldwesen.

Δ Die Emission der zweiten Serie 300-Schachshäne wird vom Finanzministerium bereits in den nächsten Tagen dem polnischen Landtag vorgelegt werden.

### Nurje der Posener Börse.

|                                                             | 6. Juli       | 5. Juli |
|-------------------------------------------------------------|---------------|---------|
| Wilecki, Potocki i Sta. I.-VII. Em. 10 000                  | 10 000        |         |
| Bank Poznańska I.-II. Em.                                   | 4250          |         |
| Bank Przemysłowa I. Em. o. R. 11 000—10 000                 | 11 000—10 000 |         |
| Bank Zw. Spółki Garb. I.-X. Em. 27 000                      | 26 000—25 000 |         |
| Polski Bank Handl. Poznań I.-VIII. Em. 13 000               | 13 000        |         |
| Boż. Bank Bielany I.-V. Em. 2700—2800                       | 2850—2800     |         |
| Bielskop. Bank Rolniczy I.-IV. Em. 1300—1350                | 1300          |         |
| Bank M. Wschodz. Bydgoszcz I.-IV. Em. (exkl. Kup.) . 18 000 | —             |         |

|                                      | Industrieaktien: |
|--------------------------------------|------------------|
| Arena I.-IV. Em.                     | 20 000—22 000    |
| Bydgoszcz Fabryka Mydla I. Em.       | 5000             |
| M. Bartkowiak I.—IV. Em. o. Bez.     | 6000             |
| Browar Kołobrzeg I.—IV. Em.          | 70 000           |
| Brzesko Auto I.—II. Em.              | 8000             |
| H. Cegieliski I.—IX.                 | 7000—6700—6800   |
| Centrala Stoc I.—IV. Em. o. Bez.     | 9500             |
| Cukrownia Zduń I.—II. Em.            | 150 000          |
| E. Hartwig I.—V. Em.                 | 4800—5000        |
| Hartwig Kantorowicz I. Em.           | 75 000           |
| Hurtownia Białyca I.—III. Em.        | 1600             |
| Hurtzel-Bielskop. I.—II. Em. o. Bez. | 24 000—25 000    |
| Jelita I.—III. Em.                   | 25 000—28 000    |
| Kuban 1. IV. Em.                     | 21 000—2         |